

Bilanz der Zwangsverrentung: Verheerende Zahlen, verheerende Reformvorschläge der Bundesregierung!

Zwangsverrentungen nach §12a SGB II (Zweites Sozialgesetzbuch) sind ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte *der* betroffenen Menschen. Zwangsverrentungen bedeuten Altersarmut durch dauerhaft reduzierte Altersrenten.

Die Bundesregierung liefert auf die Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE in der Antwort auf Kleine Anfrage [18/9403](#) aktuelle Zahlen zur Zwangsverrentung und zur möglichen Ausgestaltung des von den Koalitionsfraktionen präferierten Reformvorschlags.

Vorab ein Rechenbeispiel für das Jahr 2016 zur Veranschaulichung:

Musste oder wollte man im Jahr 2016 als Jahrgang 1953 im Alter von 63 in Rente gehen , so wurde die Rente um 9,3 Prozent gekürzt, da die Regelaltersgrenze bei 65 und 7 Monaten lag und jeder vorgezogene Monat mit 0,3 Prozent Abschlägen bestraft wird (31 Monate x 0,3 Prozent).

Eine sogenannte Eckrentnerin (oder ein Standardrentner) West mit 45 Jahren Verdienst zum Durchschnittslohn würde monatlich **113,42 Euro Rente netto** verlieren. Bei einer durchschnittlichen Rentenbezugsdauer von 22,8 Jahren verliert die Rentnerin insgesamt **31.000 Euro** an Rente!

Am schlimmsten trifft es diejenigen, die durch die Abschläge dauerhaft auf staatliche Fürsorge angewiesen sind.

Sie müssen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze zunächst Sozialhilfe beantragen – eine Fürsorgeleistung, die zum Beispiel im Gegensatz zur „Grundsicherung im Alter“, bis heute auf die Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern zurückgreift.

23.08.2016

Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: +49 30 227-71215, Fax: +49 30 227-76215,
matthias-w.birkwald@bundestag.de

	RW EUR	Jahre	Bruttorente EUR	Nettorente in EUR: -11 % KV und PV
Standardrente ohne Abschläge	30,45	45	1370,25	1219,52
mit 9,3 % Abschlägen	30,45	45	1242,82	1106,11
		Differenz	127,43	113,42

1. Daten zur Praxis der Zwangsverrentung

- Seit Einführung der Zwangsverrentung im Jahre 2008 stieg die **Zahl der aus dem Hartz-IV-Bezug ausscheidenden 63-Jährigen** von 9.576 auf 38.671 Personen massiv an (BT-DS. 18/152, S. 39, Monatszahlen und Antwort zur KA DS 18/8296, Frage 13 (Jahreszahlen):

2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
9.576	10.476	13.272	15.096	20.232	28.056	31.665	38.671

- Obwohl die Bundesregierung sich weigert (Fragen 18-22), die unwürdige Praxis direkt statistisch zu erfassen, ist zu vermuten, dass viele Betroffene durch die Jobcenter zwangsverrentet wurden und damit in eine vorgezogene und mit lebenslangen hohen Abschlägen bestrafte Rente abgeschoben wurden.

Unsere Vermutungen werden durch folgende Daten bestätigt:

- Waren im Jahr 2014 noch 71.810 62-Jährige im Hartz-IV-Bezug (Frage 12 / Tabellenanhang), so blieben davon im Folgejahr 2015 nur noch 47.297 63-Jährige 'übrig' (-25.000).
- Gleichzeitig ergibt sich aus der Anfrage (Frage 16 / Tabellenanhang), dass 2015 von knapp einer halben Million erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) ab 58 Jahren nur 167.000 als arbeitslos gelten und knapp 163.000 seit einem Jahr kein Angebot vom Jobcenter mehr erhalten haben und deshalb nicht als arbeitslos geführt werden (§ 53a SGB II).

- Von den insgesamt 91.209 Hartz-IV-Beziehenden im Alter von 63 Jahren und darüber hatten knapp 50.000 kein Angebot vom Jobcenter mehr erhalten. Der Anteil derjenigen, die aufgrund fehlender Arbeitsplätze für Ältere oder der Inaktivität der Jobcenter aus der Statistik getilgt werden, steigt Jahr für Jahr an.
Im Jahr 2012 standen 104.000 Hartz IV-Beziehenden, die 63 und älter waren, nur 13.263 Hartz-IV-Beziehende gegenüber, die seit einem Jahr kein Jobangebot mehr erhalten hatten (Frage 16 Tabellenanhang).
- Im Jahr 2015 standen den 478.000 Hartz-IV-Beziehenden außerdem gerade einmal 33.000 ‚Integrationen in Erwerbstätigkeit‘ gegenüber. Im April 2016 wurden etwa gerade einmal 189 Personen im Alter von 63 Jahren in Arbeit vermittelt (Frage 17).
- Da es also für ältere Hartz-IV-Beziehende immer mehr einem Lottogewinn gleichkommt, ein Jobangebot zu erhalten, ist davon auszugehen, dass auch in diesem Jahr (2016), viele der knapp 72.000 Hartz-IV-Beziehenden im Alter von 63 in die Zwangsverrentung geschickt werden.

Matthias W. Birkwald kommentiert diese Zahlen wie folgt:

„Die zwangsweise Verrentung von Hartz-IV Beziehenden ist und bleibt ein Skandal! Ministerin Andrea Nahles schönt nicht nur die Hartz IV-Statistik auf Kosten der Ärmsten und Schwächsten, indem sie ältere Hartz-IV-Beziehende reihenweise in die Zwangsverrentung schickt. Schlimmer noch: Die Jobcenter setzen sich oft über den Willen der Betroffenen hinweg und fordern Arbeitslose ab 63 gegen ihren Willen zur Beantragung ihrer dann lebenslang gekürzten Rente auf. Diese Praxis wird von den Betroffenen, die als Ältere kaum Jobangebote erhalten, als massive Entrechtung und Demütigung wahrgenommen.

Jede und Jeder muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, wann er oder sie in Rente geht.

Deshalb sagt DIE LINKE (BT-Drucksache 18/589):

Die unwürdige Praxis der Zwangsverrentung (§ 12 SGB II) und der Paragraph 53 a im SGB II müssen unbedingt abgeschafft werden!“

2. Der Reformvorschlag von Union und SPD

Eine Arbeitsgruppe der beiden Koalitionsfraktionen hatte die Bundesregierung bereits im November 2015 aufgefordert, die Unbilligkeitsverordnung wie folgt zu ergänzen:

*"Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch."*¹

Zu diesem Vorschlag, der von der Bundesregierung gegenwärtig geprüft wird, (Fragen 23/24), ergeben sich aus ihren Antworten folgende Konkretisierungen:

- Die Jobcenter würden in Zukunft auf Grundlage der im 61. Lebensjahr erfolgten Rentenauskunft zu erwartenden Bruttoregelaltersrente 30 Prozent abziehen, um damit Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie die zu erwartenden Abschläge zu pauschalisieren (Frage 25). Diese würden dann mit dem „zu erwartenden Grundsicherungsbedarf“ des 62-Jährigen verglichen. Liegt die „70-Prozent-Rente“ dann unter der Grundsicherungsschwelle, würde nicht zwangsverrentet; läge die zu erwartende Rente darüber, würde zwangsverrentet.
- Für das Jahr 2015 gibt die Bundesregierung den durchschnittlichen Regelbedarf mit 714 Euro und den bereinigten, durchschnittlichen Zahlbetrag von Regelaltersrenten für das Jahr 2015 mit 528 Euro an. Der Zahlbetrag berücksichtigt bereits die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Nimmt man alle Altersrenten zusammen, so erhöht sich der durchschnittliche Zahlbetrag nach Angaben der Bundesregierung auf 810 Euro bzw. ein Bruttorente von 897² Euro. 70 Prozent davon, das ergäbe eine Rente von 628 Euro. Von der Zwangsverrentung wären aber nach wie vor rein rechnerisch besonders die

¹ S. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Dokumente/2015_11_Flexi_Rente.pdf S. 7.

² Der Bruttorentenfaktor beträgt aktuell 1,108.

Versicherten in den neuen Bundesländern betroffen: Hier liegen die Bruttorenten bei rund 1000 Euro³ oder darüber. Damit liegt eine fiktive 70-Prozent-Rente in der Regel deutlich über dem Regelbedarf in den neuen Bundesländern von 725 Euro.

- Dass **Ostdeutsche wesentlich stärker von der Zwangsverrentung betroffen sind**, zeigen auch eigene Auswertungen des Büros von Matthias W. Birkwald (siehe Anhang 1).

Der Versichertenstatistik der Deutschen Rentenversicherung ist zu entnehmen, dass die Zahl der von der Rentenversicherung geführten Hartz-IV-Beziehenden im Altersübergang von 62 zu 63 Jahren einbricht. Im Osten geht die Anzahl der Hartz-IV-Beziehenden von 21.380 (62 Jahre alt) auf 7.757 (63 Jahre alt) zurück (-64 Prozent). In Westdeutschland reduziert sich die Zahl von 40.807 auf 27.805 und geht damit um 32 Prozent zurück.

- Angaben für Durchschnittsrenten von Menschen, die aus dem Hartz-IV-Bezug in die Rente abgehen, liegen der Bundesregierung nach eigener Aussage nicht vor (Fragen 27-29).
- Schon aus dieser ersten groben Annäherung zeigt sich, dass die Aussage der Bundesregierung (Frage 34), „Dass ein wesentlicher Teil der Personen ... von der geplanten Neuregelung profitieren würde“, völlig ins Blaue hinein formuliert wurde. Außerdem gesteht die Bundesregierung ein, dass die Entscheidung der Jobcenter, die bis zu vier Jahre vor der dem regulären Regeleintrittsalter erfolgt, viele Lebensumstände, die im Alter zu einer Verschlechterung der Einkommenssituation führen können, außer Acht lässt, wie zum Beispiel einen Umzug, das Ende einer Ehe oder die Entstehung von krankheitsbedingten Mehrbedarfen.

Damit kann auf keinen Fall der dauerhafte Grundsicherungsbezug ausgeschlossen werden.

Der rentenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Matthias W. Birkwald, kommentiert:
„Union und SPD behaupten fälschlicherweise, dass ein wesentlicher Teil der Menschen

³ Vgl. Statistik der Deutschen Rentenversicherung: „Rente 2015“, Rentenzugang 2015, Tabelle Z 20.01, Seite 28, abrufbar unter: https://statistik-rente.de/drv/documents/Rente_Band_206.pdf.

durch ihren Vorschlag, der jetzt schon Monate auf sich warten lässt, vor der Zwangsverrentung geschützt würde. Im Gegenteil: Insbesondere Versicherte in den neuen Bundesländern werden nach wie vor von der Zwangsverrentung bedroht sein, da dort die Grundsicherungsbedarfe niedriger und die durchschnittlichen gesetzlichen Renten derzeit noch höher sind.

Selbst wenn nicht zwangsverrentet wird, ist ein dauerhaftes Abrutschen in die Grundsicherung nicht auszuschließen. Jahr für Jahr wird sich aufgrund der ansteigenden Abschläge und aufgrund steigender Beiträge der Kranken- und Pflegeversicherung die Situation verschlechtern.

Außerdem bleibt die zwangsweise Verrentung von Menschen, die dann vielleicht 40 oder 50 Euro über der Grundsicherungsschwelle liegen würden, genauso ein Skandal und wird von diesen sicherlich als besonders ungerecht empfunden. Nur weil sie eine Rente knapp über der Armutsschwelle in Aussicht haben, wird sie ihnen dann lebenslang gekürzt!

Das ist völlig inakzeptabel! Wir bleiben dabei:

Jede und Jeder muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, wann er oder sie in Rente geht. Die Zwangsverrentung ist ein unwürdiger Verschiebbahnhof. Sie muss komplett abgeschafft werden. Jetzt.

DRV: Aktiv Versicherte am 31.12.2014 nach Versichertenstatus Hartz IV Beziehende

Alter am Jahresende	60	61	62	63	64	65	Rückgang Prozentual 62-63
Schleswig-Holstein	2.088	1.840	1.836	1.474	1.279	395	-19,72
Hamburg	1.860	1.652	1.670	1.280	1.176	423	-23,35
Niedersachsen	5.370	4.725	4.890	3.355	3.080	1.122	-31,39
Bremen	900	872	787	588	482	164	-25,29
Nordrhein-Westfalen	14.373	12.930	13.357	8.628	7.939	2.773	-35,40
Hessen	3.484	3.146	3.270	2.208	2.220	793	-32,48
Rheinland-Pfalz	2.239	2.034	2.103	1.395	1.194	418	-33,67
Baden-Württemberg	4.431	3.974	4.291	2.889	2.609	866	-32,67
Bayern	5.072	4.511	4.799	3.148	2.696	961	-34,40
Saarland	837	730	749	505	449	191	-32,58
Berlin-West	3.456	2.848	3.055	2.335	2.137	740	-23,57
Berlin-Ost	1.932	1.599	1.712	860	653	262	-49,77
Brandenburg	3.759	3.393	3.606	1.224	856	301	-66,06
Mecklenburg-Vorpommern	2.798	2.511	2.569	892	611	194	-65,28
Sachsen	6.288	6.173	6.458	2.644	1.844	548	-59,06
Sachsen-Anhalt	4.429	4.013	4.332	1.286	831	313	-70,31
Thüringen	2.819	2.586	2.703	851	452	221	-68,52
Deutschland	67.784	60.867	63.279	36.329	30.958	10.844	-42,59

Zusammenfassung

Aktiv Versicherte am 31.12.2014 nach Versichertenstatus

Hartz IV Beziehende

	Rückgang Prozentual 62-63	Summe: 62	Summe: 63
Schleswig-Holstein	-19,72	1.836	1.474
Hamburg	-23,35	1.670	1.280
Niedersachsen	-31,39	4.890	3.355
Bremen	-25,29	787	588
Nordrhein-Westfalen	-35,40	13.357	8.628
Hessen	-32,48	3.270	2.208
Rheinland-Pfalz	-33,67	2.103	1.395
Baden-Württemberg	-32,67	4.291	2.889
Bayern	-34,40	4.799	3.148
Saarland	-32,58	749	505
Berlin-West	-23,57	3.055	2.335
Berlin-Ost	-49,77	1.712	860
Brandenburg	-66,06	3.606	1.224
Mecklenburg-Vorpommern	-65,28	2.569	892
Sachsen	-59,06	6.458	2.644
Sachsen-Anhalt	-70,31	4.332	1.286
Thüringen	-68,52	2.703	851
Deutschland	-42,59	63.279	36.329
West	-31,86	40.807	27.805
Ost	-63,72	21.380	7.757

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/9296 –

Bilanz der Zwangsverrentung und mögliche Reformoptionen

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach § 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) können Personen, die das 63. Lebensjahr vollendet und die Voraussetzungen für eine vorgezogene Rente wegen Alters erfüllt haben, gegen ihren Willen verrentet werden. Der rentenrechtliche Grundsatz, dass ausschließlich die betroffenen Personen über ihren Antrag auf eine vorgezogene Rente entscheiden, wird ausgehebelt. Daher handelt es sich um einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen – um eine Zwangsverrentung.

Die Rentenansprüche der Betroffenen werden dabei dauerhaft abgesenkt, weil für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbezugs Abschläge in Höhe von 0,3 Prozentpunkten auf die durch eigene Beiträge erworbenen Rentenansprüche erfolgen. Dies bedeutet aktuell (im Jahr 2016) bei einem Renteneintritt mit Vollendung des 63. Lebensjahrs eine lebenslange Kürzung der Altersrente in der Regel von 8,7 Prozent.

Nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 18/152, S. 5) spielt die Höhe der Rentenansprüche der Betroffenen bei der Zwangsverrentung keinerlei Rolle. Es wird weder geprüft, ob die Rentenansprüche bei vorzeitigem Renteneintritt das menschenwürdige Existenzminimum sichern, noch wird ausgeschlossen, dass aufgrund der Abschläge auf die vorgezogene Altersrente eine dauerhafte Fürsorgeabhängigkeit im Alter überhaupt erst geschaffen wird.

Diejenigen, die nach einer Zwangsverrentung dauerhaft auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind, haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weder Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II noch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Personen erhalten lediglich Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Hier herrschen deutlich restriktivere Anrechnungsbedingungen. Vermögen – auch bei Hartz IV noch geschütztes Altersvorsorgevermögen – muss weitgehend aufgebraucht werden, bevor überhaupt ein Leistungsanspruch entsteht. Auch kann ein Rück-

griff auf Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern erfolgen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit im rentennahen Alter werden so auf die betroffenen Personen abgewälzt.

Lediglich die Verordnung zur Vermeidung unbilliger Härten durch Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente (Unbilligkeitsverordnung – UnbilligkeitsV) vom 14. April 2008 schützt einen Teil der SGB-II-Leistungsberechtigten vor der Zwangsverrentung. Die dort niedergelegten Kriterien bieten den Betroffenen jedoch keinen ausreichenden Schutz vor einer drohenden Zwangsverrentung.

Die Unbilligkeitsverordnung soll nach dem Willen der Koalitionsarbeitsgruppe „Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ vom 10. November 2015 ergänzt werden. Folgendes Kriterium soll nach dem Abschlussbericht neu aufgenommen werden: „Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ (vgl. www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/0_Home/meldungen/2015_11_10_vorschlaege_flexi_koalition.html).

In einer Anhörung von Sachverständigen am 1. Dezember 2014 im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde die Vermeidung des Grundsicherungsbezugs im Alter als „kleine Lösung“ diskutiert und mehrheitlich als unzureichend und zu bürokratisch kritisiert. Die Mehrzahl der Sachverständigen teilte die Forderung der Fraktion DIE LINKE. (<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/18/005/1800589.pdf>) nach Abschaffung der sog. Zwangsverrentung (vgl. „Experten kritisieren den Renten-Automatismus“, www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/kw49_pa_arbeit_soziales/341888). Kritisiert wurden u. a. der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und die Tatsache, dass die Zwangsverrentung dem Ziel der Arbeitsmarktintegration zuwiderlaufe.

Hieraus und aus dem andauernden Zustand der Zwangsverrentung ergeben sich Fragen an die Bundesregierung.

1. Welches Verfahren ist den Trägern des SGB II für den Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug aktuell vorgeschrieben?
2. In welchen Dokumenten sind die Verfahren nach Kenntnis der Bundesregierung niedergelegt, welche Verbindlichkeit haben diese Dokumente für die Jobcenter (bitte ggf. differenzieren nach gemeinsamer Einrichtung und zugelassenem kommunalem Träger), und welche konkreten Voraussetzungen, Bedingungen und Ausnahmekonstellationen sind in diesen Dokumenten für eine Zwangsverrentung benannt?

Leistungsberechtigte sind nach § 12a Satz 1 SGB II verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres, § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II. Diese Pflicht besteht nicht, wenn ein Ausnahmetatbestand nach der Unbilligkeitsverordnung vorliegt.

Sind die Leistungsberechtigten zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente verpflichtet, sind sie nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II zu deren Beantragung aufzufordern. Kommen die Leistungsberechtigten der Aufforderung des Jobcen-

ters nicht nach, so kann der Antrag von den Jobcentern gestellt werden (§ 5 Absatz 3 SGB II). Im Falle einer Ablehnung oder Versagung durch den Rententräger können die Jobcenter entsprechende Rechtsmittel einlegen.

Für die gemeinsamen Einrichtungen ist dieses Verfahren in den Fachlichen Weisungen zu den §§ 5 und 12a SGB II geregelt; diese sind für die gemeinsamen Einrichtungen auch verbindlich.

3. Welchen Gestaltungsspielraum überlässt der Gesetzgeber den Jobcentern bei der Ausführung der Vorschriften zur Zwangsverrentung und der Anwendung der Unbilligkeitsverordnung?

Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung durch das Jobcenter den erforderlichen Antrag auf vorzeitige Altersrente nicht, können die Jobcenter nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II den Antrag stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen. Die Anwendung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II steht somit im Ermessen der Jobcenter. Weitere Gestaltungsspielräume bestehen nicht, weil die in der Unbilligkeitsverordnung genannten Tatbestände abschließend sind. Bei der Ausübung des Ermessens sind die Interessen der Allgemeinheit an einer nachrangigen Erbringung der steuerfinanzierten Geldleistungen nach dem SGB II gegenüber den Interessen der Leistungsberechtigten an einer ungekürzten Rentenzahlung abzuwägen. Soweit im Einzelfall Gründe vorliegen, die die Interessen der Allgemeinheit überwiegen, kann von einer Aufforderung zur Antragstellung auf eine vorzeitige Rentenantragstellung abgesehen werden. Die Anwendung der Unbilligkeitsverordnung steht demgegenüber nicht im Ermessen der Jobcenter.

4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von der Umsetzung des § 12a SGB II und der Unbilligkeitsverordnung durch die sog. Optionskommunen?

Der Bundesregierung liegen hierzu mangels Aufsicht keine Informationen vor.

5. Wie werden der Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug und sein Ergebnis nach Kenntnis der Bundesregierung administrativ dokumentiert und statistisch aufgearbeitet?

Bei der Aufforderung zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der in der Leistungsakte zu dokumentieren ist. Eine statistische Erfassung erfolgt nicht.

6. Welche rechtlichen Änderungen müssten aus Sicht der Bundesregierung vorgenommen werden, um die vorhandenen Kenntnisse statistisch auszuwerten, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bisher darauf verzichtet, diese Änderungen zu initiieren?

Aus Sicht der Bundesregierung lässt sich der mit der statistischen Erfassung der Aufforderungen zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente bzw. anderer Sozialleistungen verbundene hohe Aufwand nicht rechtfertigen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

7. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehende aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf Altersrente mit Abschlägen durch das Jobcenter reduzierte Leistungen erhalten haben bzw. ihnen Leistungen ganz vorenthalten wurden?
- a) Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?
 - b) Mit welcher Rechtsgrundlage sind ggf. derartige Leistungsbeschränkungen begründet worden?
 - c) Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?
 - d) In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Leistungseinschränkungen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?

Mit welchem Ergebnis?

Eine Leistungsbeschränkung oder gar -ablehnung aufgrund der fehlenden Mitwirkung bei der Beantragung einer vorzeitigen Altersrente wäre rechtswidrig. Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

8. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehenden aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf eine abschlagsgeminderte Altersrente durch das Jobcenter Sanktionen nach § 31 SGB II angedroht wurden oder sie Sanktionen erfahren haben?
- a) Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?
 - b) In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Sanktionen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?
- Mit welchem Ergebnis?
- c) Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?

Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

9. Stehen dem Jobcenter Instrumente zur Verfügung, in den Antragsprozess einzugreifen vor dem Hintergrund, dass die Entscheidung, eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen, grundsätzlich die/der Versicherte trifft, und wenn ja, welche Instrumente sind dies?
10. Ist das Jobcenter nach Kenntnis der Bundesregierung berechtigt, in das nach § 99 SGB VI eingeleitete Rentenantragsverfahren einzugreifen, wenn die/der Leistungsberechtigte von sich aus bei dem jeweils zuständigen Träger der Rentenversicherung einen Antrag auf Regelaltersrente gestellt hat, und wenn ja, wodurch (bitte Rechtsgrundlage erläutern)?

Das Jobcenter kann nach § 5 Absatz 3 SGB II Anträge stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen, wenn Leistungsberechtigte trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht stellen.

11. Wie entwickelt sich der Zugang von leistungsberechtigten Personen in der Altersgruppe zwischen 63 Jahren und der Regelaltersgrenze in die Sozialhilfe (Drittes Kapitel SGB XII), die zugleich eine vorgezogene Altersrente beziehen (bitte jährlich seit 2008 nach Geschlecht und Bundesländern angeben)?

Die Empfängerstatistik für das Dritte Kapitel des SGB XII erfasst weder die Ursache des Leistungsbezugs noch differenziert sie die statistisch als angerechnetes Einkommen erfassten Altersrenten in „vorgezogene“ und andere Altersrenten. Daher liegen der Bundesregierung die gewünschten Informationen nicht vor.

12. Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte (bitte insgesamt und getrennt nach Erwerbsfähigen sowie nicht Erwerbsfähigen aufschlüsseln) waren jeweils 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 und 65 Jahre alt (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2014, nach Geschlecht, bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 489.000 Regelleistungsberechtigte im SGB II im Alter von 58 bis 65 Jahren, davon waren 478.000 erwerbsfähig und 11.000 nicht erwerbsfähig. Informationen zu Geschlecht und Bundesländern können nach Jahren der Tabelle im zu Frage 12 im Anhang entnommen werden.

13. Wie viele Leistungsberechtigte ab 63 Jahren sind pro Jahr aus dem Leistungsbezug abgegangen (bitte auch separat nach Alter von 63, 64, 65 Jahren und nach Geschlecht ausweisen)?

Im Jahr 2015 gingen 86.000 Regelleistungsberechtigte im Alter von 63 Jahren oder mehr aus dem Regelleistungsbezug ab. Eine Differenzierung nach Geschlecht kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Abgang aus dem Regelleistungsbezug: Regelleistungsberechtigte (RLB)

Deutschland

Merkmal		Abgang aus Regelleistungsbezug: RLB			
		63 bis 65 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
		1	2	3	4
Insgesamt	Jahressumme 2014	88.755	31.665	11.823	45.266
	Jahressumme 2015	85.681	38.671	11.050	35.960
Männer	Jahressumme 2014	48.589	18.507	6.699	23.382
	Jahressumme 2015	45.376	20.249	6.274	18.853
Frauen	Jahressumme 2014	40.166	13.158	5.124	21.884
	Jahressumme 2015	40.300	18.420	4.775	17.105

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

14. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchen Status diese Leistungsberechtigten gewechselt sind (insbes. Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, geförderte Beschäftigung)?

Eine Differenzierung der in der Antwort zu Frage 13 genannten Abgänge nach Abgangsgründen ist nicht möglich.

15. Wie hat sich die Zahl der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten seit dem Jahr 2012 entwickelt, die statistisch als arbeitslos gelten, und wie viele von diesen waren in den entsprechenden Jahren über 63 Jahre alt (bitte bundesweit und nach Bundesländern sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) über 58 Jahren. 167.000 dieser ELB waren arbeitslos, darunter 19.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

16. Wie viele der über 58-Jährigen gelten nicht als arbeitslos (bitte die Anzahl der über 63-Jährigen extra ausweisen), weil sie
- a) noch unter die sog. „58er-Regelung“ und
 - b) unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II
- fielen bzw. fallen (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2013 und in Bezug auf a) bis März 2015 sowie bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren und älter. 311.000 dieser ELB waren nicht arbeitslos, darunter 72.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Von den 311.000 nicht arbeitslosen Personen fielen 163.000 unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II. Bei den Menschen im Alter von 63 Jahren oder älter waren es 50.000.

Weitere Gründe, dass ein Leistungsberechtigter nicht arbeitslos ist, können in den Grundlagen der § 428 SGB III, § 65 SGB II und § 252 SGB VI liegen. Eine weitere Ausdifferenzierung nach den einzelnen genannten Rechtsgrundlagen ist nicht möglich. Im Jahresdurchschnitt 2015 fielen darunter 1.400 Personen im Alter von über 58 Jahren, 22.000 im Jahr 2014 und 55.000 im Jahr 2013.

Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

17. Wie viele der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten wurden in welchem Alter in eine Erwerbstätigkeit vermittelt (bitte unterschieden nach Abgangsgründen pro Jahr seit November 2013 angeben)?

Im Jahr 2015 gab es 33.000 Integrationen in Erwerbstätigkeit für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren oder älter. Eine Integration liegt dann vor, wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt.

Aktuelle Daten liegen für den April 2016 vor. In diesem Monat nahmen 3.200 erwerbsfähige Leistungsberechtigte über 58 Jahren eine Erwerbstätigkeit auf. Eine Zeitreihe nach Altersjahren kann der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 17 entnommen werden. Ein Ausweis von Abgangsgründen ist nicht möglich.

18. Wie oft ist die Aufforderung,
a) Rentenansprüche zu klären und
b) vorgezogene Rente zu beantragen,
in eine Eingliederungsvereinbarung aufgenommen worden (bitte pro Jahr
seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

19. Wie oft wurden Leistungsberechtigte schriftlich und/oder mündlich aufgefordert,
a) Rentenansprüche zu klären und
b) vorgezogene Rente zu beantragen
(bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

20. In wie vielen Fällen hat der Grundsicherungsträger für die Leistungsberechtigten einen Antrag auf vorzeitige Altersrente gestellt (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

21. In wie vielen Fällen sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 63 bis 65 Jahren
a) aufgrund dieser Aufforderung und
b) nach Antragstellung durch das Jobcenter
aus dem SGB-II-Leistungsbezug ausgeschieden (bitte pro Jahr und Bundesland seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

22. Zu den Fragen 18 bis 21: Sollten hierzu keine Angaben vorliegen, beabsichtigt die Bundesregierung, sich dazu aufgrund der zunehmend eingehenden Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger Erkenntnisse zu verschaffen, und wenn ja, auf welchem Weg?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine statistische Erfassung dieser Fälle einzuführen. Eine entsprechende Informationspflicht würde zu unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende führen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

23. Hält die Bundesregierung die Abschaffung der Zwangsverrentung für rechtlich zulässig, und welche Gründe sprechen nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für und gegen eine Abschaffung der Zwangsverrentung?
24. Hält die Bundesregierung an der Auffassung fest, dass die Beantragung einer Altersrente durch Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beziehen, ein im Hinblick auf die Nachrangigkeit dieser Leistungen erforderlicher, systematisch richtiger Vorgang ist, und überträgt sie diese Auffassung auf die Antragstellung durch Dritte gegen den Willen der Leistungsempfänger, und wenn ja, warum?

Die Nachrangigkeit der Leistungen ist ein Kernelement der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben alle vorhandenen oder erzielbaren Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) zu bestreiten.

Leistungsberechtigte sind deshalb insbesondere verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist (§ 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)). Dazu gehört grundsätzlich auch die Beantragung einer – auch vorzeitigen – Altersrente.

Nach § 12a Satz 2 Nummer 1 SGB II sind Leistungsberechtigte dennoch bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres nicht verpflichtet, eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen. Eine vollständige Abschaffung der Pflicht zur Inanspruchnahme vorzeitiger Altersrenten würde – insbesondere im Hinblick auf andere Sozialleistungen – zu ungerechten Ergebnissen führen, wäre zudem auf Grund der Nachrangigkeit der Grundsicherung für Arbeitsuchende systemwidrig und wird deshalb abgelehnt.

Soweit die bestehende Pflicht zu Unbilligkeiten führt, wurden mit der Unbilligkeitsverordnung in der seit 1. Januar 2008 geltenden Fassung weitere Ausnahmen geregelt, bei deren Vorliegen keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente besteht (Bezug von Arbeitslosengeld, bevorstehende abschlagsfreie Altersrente, Erwerbstätigkeit). Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die Einführung eines weiteren Unbilligkeitstatbestandes entsprechend dem Beschluss der Koalitionsarbeitsgruppe. Insoweit ist die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen.

Die bestehende Pflicht würde ins Leere laufen, würden die Jobcenter nicht die Möglichkeit haben, auf eine Weigerung Leistungsberechtigter zu reagieren, erforderliche Anträge auf vorrangige Sozialleistungen zu stellen. Die Regelung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II ist demnach sachgerecht.

25. Inwieweit hält die Bundesregierung das Kriterium „70 Prozent der zu erwartenden Altersrente“ für begründet und ausreichend, um Grundsicherungsbedürftigkeit dauerhaft auszuschließen?

Das im Rahmen der Änderung der Unbilligkeitsverordnung angedachte Kriterium ist für die bei Vollendung des 63. Lebensjahres erforderliche Prüfung, ob bei Inanspruchnahme der vorzeitigen Altersrente voraussichtlich Hilfebedürftigkeit im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorliegt, ausreichend. Erforderlich ist insoweit eine pauschalierte, in der Verwaltung möglichst

effizient durchführbare Prüfung auf der Basis der zum Zeitpunkt der Entscheidung bekannten und prognostizierbaren Tatsachen. Konkret wären 70 Prozent der auf der letzten, der leistungsberechtigten Person vorliegenden Rentenauskunft (61. Lebensjahr) bescheinigten voraussichtlichen Bruttoregelaltersrente mit dem zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegenden Bedarf der leistungsberechtigten Person nach dem SGB II zu vergleichen. Der für den Vergleich nicht herangezogene Teil der voraussichtlichen Altersrente berücksichtigt pauschaliert die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie die bei der vorzeitigen Inanspruchnahme entstehenden prozentualen Abschläge von der Altersrente.

26. Kann bzw. wie will die Bundesregierung auf Grundlage des durch die Koalitionsarbeitsgruppe formulierten Vorschlags sicherstellen, dass bei ehemaligen SGB-II-Leistungsberechtigten auch dauerhaft kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter entsteht (z. B. weil sich der Bedarf im Zeitablauf durch Umzug, Ende einer Ehe, Entstehung von Mehrbedarfen nach § 30 SGB XII erhöht)?

Im Hinblick auf die Vielzahl der zu berücksichtigenden Parameter sowie auf Grund der Tatsache, dass die Entscheidung bis zu vier Jahre vor dem Regeleintrittsalter der Altersrente erfolgt, ist ein späterer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht gänzlich ausgeschlossen.

27. Wie hoch war im Rentenzugang der Jahre 2014 sowie 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente?

Nach den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente im Rentenzugang 2014 436 Euro und im Rentenzugang 2015 483 Euro. Darin ist der Sondereffekt durch die „neuen Mütterrenten“ aus dem Rentenpaket enthalten. Würde dieser Sondereffekt herausgerechnet werden, erhöht sich der durchschnittliche Rentenzahlbetrag im Rentenzugang 2014 auf 501 Euro und im Rentenzugang 2015 auf 528 Euro. Dabei ist zu beachten, dass in den Regelaltersrenten viele Rentnerinnen und Rentner mit kurzen Rentenversicherungsbiographien enthalten sind. So zum Beispiel Beamte, Selbständige sowie Frauen, die nach der Geburt von Kindern ihr Erwerbsleben beendet haben. Betrachtet man alle Altersrenten, nicht nur die Regelaltersrenten, so liegen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge bei 752 Euro (2014) bzw. bei 810 Euro (2015).

28. Wie hoch war in den Jahren 2014 und 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente bei Zugängen aus dem SGB II (brutto und netto sowie brutto und netto von 70 Prozent des Zahlbetrags)?

SGB II Leistungsempfänger wurden nur in den Jahren ab 2005 bis 2010 in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung vollständig erfasst, da sie in dieser Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren. Daher liegen der Bundesregierung Informationen zu den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen für Rentenzugänge der Jahre 2014 und 2015 aus dem SGB II nicht vor.

29. Wie hoch war im gleichen Zeitraum der Bruttobedarf bei einer nach dem SGB II leistungsberechtigten alleinstehenden Person (Angaben bitte bundesweit, nach Geschlecht und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Als Bedarf bezeichnet man den Geldbetrag, der notwendig ist, um den Lebensunterhalt sichern zu können. In der statistischen Darstellung werden die Bedarfe

für den Regelbedarf, die Mehrbedarfe und die Kosten der Unterkunft abgebildet. Der durchschnittliche Bedarf für Regelleistungsberechtigte in Single-Bedarfsgemeinschaften lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 714 Euro. Informationen nach Geschlecht und Bundesländern können der in Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 29 entnommen werden.

30. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter fachlich in die Lage versetzt werden, festzustellen bzw. zu berechnen, dass nicht zwangsverrentet wird, wenn 70 Prozent der zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger sind als der im Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem SGB II?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter sind in der Lage, die vorgesehene pauschalierte Prüfung durchzuführen.

31. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Personen, die aufgrund regelmäßiger Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung vor dem Leistungsbezug nach dem SGB II eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, entsprechend hohe Rentenanwartschaften aufgebaut zu haben, aufgrund des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe nach wie vor zwangsverrentet werden dürften, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Ungleichbehandlung gegenüber Personen im SGB-Leistungsbezug, die aufgrund deutlich niedrigerer Rentenanwartschaften auf die Grundsicherung im Alter angewiesen wären, in Zukunft nicht mehr zwangsverrentet werden würden?

Leistungsberechtigte, die mit einer vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrente ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können, sind in der Lage, ihren Lebensunterhalt dauerhaft ohne Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bzw. nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII zu bestreiten. Sie können daher auf die Inanspruchnahme verwiesen werden.

32. Geht die Bundesregierung davon aus, dass bei der Ermessensentscheidung auf die Berechnung der Träger der Rentenversicherung zurückgegriffen werden muss, oder hält die Bundesregierung eine mögliche Rentenauskunft für ausreichend (§ 109 Absatz 2 SGB VI)?

Bei der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Prüfung handelt es sich nicht um eine Ermessensentscheidung. Ist die zu erwartende vorzeitige Altersrente zu niedrig, gilt der Verweis als unbillig und soll unterbleiben. Für die Prüfung ist die letzte vorliegende Rentenauskunft nach § 109 SGB VI ausreichend.

33. Hält die Bundesregierung die durch die Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagene Formulierung für eine Rechtsvereinfachung im Sinne der Arbeitsverwaltung, oder geht sie von einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand aus, wie dies bereits in der Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit zur Sachverständigenanhörung am 1. Dezember 2014 zum Ausdruck gekommen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 18(11)258, S. 2)?

Die Umsetzung der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Formulierung führt zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung. Auch nach dem geltenden Recht ist die bei Vollendung des 61. Lebensjahres erteilte Rentenauskunft zur Prüfung, zu welchem Zeitpunkt eine Rente wegen Alters in Anspruch genommen werden kann, beim Jobcenter vorzulegen. Liegt demnach aufgrund der Höhe

der zu erwartenden Altersrente Unbilligkeit bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme vor, entfällt die Aufforderung zur Inanspruchnahme der Altersrente sowie das weitere Verfahren. Schließlich entfällt auch der Aufwand für die Abrechnung von Erstattungsansprüchen zwischen den Jobcentern und den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn die Altersrente zum Regeleintrittstermin beantragt wird.

34. Wie viele Personen werden nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einfügung des verabredeten neuen Kriteriums in Zukunft

- a) weniger von Zwangsverrentung betroffen sein und
- b) trotz des neuen Kriteriums weiterhin zur Zwangsverrentung verpflichtet werden können?

Wie in der Antwort zu Frage 19 bereits erläutert, liegen der Bundesregierung zur Zahl der Verrentungen aufgrund der Regelung des § 12a Absatz 1 SGB II keine Informationen vor. Es ist aber davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil der Personen im Alter von 63 bis zur Altersgrenze nach § 7a SGB II, die derzeit Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII beziehen, von der geplanten Neuregelung profitieren würden.

35. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durchschnittlichen Verwaltungskosten für den Vorschlag durch die Koalitionsarbeitsgruppe pro geprüften Einzelfall?

Es liegen keine Messergebnisse zur Höhe des Verwaltungsaufwands für die Prüfung dieser Fälle vor, sodass es sich um eine grobe Einschätzung beziehungsweise eine Größenordnung des sich aus der Prüfung ergebenden Aufwandes handelt. Hier geht die Bundesregierung von einer durchschnittlichen Dauer von circa 10 Minuten pro zu prüfendem Einzelfall aus. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand durch die einfache, pauschalierte Unbilligkeitsprüfung anhand der Rentenauskunft und die Bearbeitung der jährlichen Leistungsanträge im SGB II würde durch die reduzierte Anzahl der Aufforderungen zur Rentenantragstellung, die geringere Anzahl an Widerspruchsverfahren sowie die geringere Zahl an Erstattungsverfahren nach § 40a SGB II überkompensiert, sodass der Verwaltungsaufwand im Ergebnis sinken würde.

36. Wann ist die Umsetzung des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe in der UnbilligkeitsV geplant?

Die Umsetzung wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zu Frage 12:
Regelungsberechtigte nach Alter und Erwerbstätigkeit

Deutschland

2014

Geschlecht	Region	Regelungsberechtigte																davon				65 Jahre																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								
		58 bis 65 Jahre								59 Jahre								60 Jahre								61 Jahre								62 Jahre								63 Jahre								64 Jahre								65 Jahre																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
		Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	Insgesamt	erwerbstätig

Regelstellungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigkeit
Deutschland
2015

Geschlecht	Region	davon																	
		58 bis 65 Jahre						Regelstellungsberechtigte						61 Jahre					
		Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig
Frauen	Gesamt	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
		Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig
		488.04	477.66	10.38	82.12	80.14	1.98	1.98	80.08	1.90	79.91	78.21	1.70	76.20	74.72	1.47	74.70	73.43	1.26
		01 Schleswig-Holstein	16.79	15.64	1.15	2.74	2.61	0.13	2.69	0.90	2.59	2.46	0.13	2.35	2.33	0.02	2.30	2.23	0.07
		02 Hamburg	14.17	13.91	0.26	2.31	2.29	0.02	2.27	0.97	2.21	2.15	0.06	2.02	1.97	0.05	2.00	1.93	0.07
		03 Niedersachsen	42.65	41.97	0.68	7.00	6.93	0.07	7.04	1.80	6.73	6.61	0.12	6.40	6.27	0.13	6.16	6.05	0.11
		04 Bremen	6.41	6.38	0.03	1.12	1.07	0.05	1.10	0.15	1.05	1.03	0.02	1.00	0.98	0.02	0.99	0.94	0.05
		05 Nordrhein-Westfalen	118.66	115.23	3.43	20.47	19.42	1.05	19.57	6.02	18.57	18.40	0.17	17.66	17.27	0.39	17.20	16.86	0.34
		06 Hessen	29.52	28.50	1.02	4.83	4.61	0.22	4.79	1.63	4.61	4.45	0.16	4.29	4.17	0.12	4.15	4.03	0.12
		07 Rheinland-Pfalz	17.24	16.06	1.18	2.91	2.83	0.08	2.89	0.68	2.79	2.66	0.13	2.56	2.51	0.05	2.50	2.43	0.07
		08 Baden-Württemberg	36.58	35.58	1.00	5.61	5.51	0.10	5.63	1.91	5.62	5.52	0.10	5.40	5.35	0.05	5.30	5.22	0.08
		09 Bayern	37.23	37.01	0.22	6.03	6.01	0.02	6.02	0.96	5.95	5.84	0.11	5.63	5.51	0.12	5.49	5.39	0.10
		10 Saarland	6.17	6.08	0.09	1.06	1.02	0.04	1.04	0.13	0.99	0.96	0.03	0.94	0.92	0.02	0.91	0.89	0.02
		11 Berlin	38.35	37.91	0.44	6.56	6.45	0.11	6.49	1.98	6.24	6.14	0.10	5.81	5.74	0.07	5.69	5.62	0.07
		12 Brandenburg	23.71	23.32	0.39	4.32	4.21	0.11	4.26	1.06	4.16	4.02	0.14	3.82	3.74	0.08	3.70	3.62	0.08
Männer	Gesamt	17.00	16.67	0.33	3.02	2.90	0.12	3.07	3.01	0.06	3.04	3.00	0.04	2.98	2.94	0.04	2.90	2.86	0.04
		13 Mecklenburg-Vorpommern	39.76	39.04	0.72	6.52	6.42	0.10	6.62	1.43	6.52	6.39	0.13	6.42	6.30	0.12	6.30	6.18	0.12
		14 Sachsen	26.79	26.23	0.56	4.70	4.60	0.10	4.73	0.90	4.63	4.50	0.13	4.30	4.26	0.04	4.26	4.14	0.12
		15 Sachsen-Anhalt	17.02	16.73	0.29	2.93	2.81	0.12	2.93	0.31	2.93	2.89	0.04	2.82	2.78	0.04	2.78	2.74	0.04
		16 Thüringen	22.03	21.51	0.52	4.17	4.07	0.10	4.17	1.30	4.07	3.97	0.10	3.81	3.76	0.05	3.76	3.72	0.04
		Insgesamt	8.51	8.32	0.19	1.45	1.40	0.05	1.45	0.53	1.36	1.31	0.05	1.29	1.24	0.05	1.24	1.19	0.05
		01 Schleswig-Holstein	7.24	7.08	0.16	1.21	1.13	0.08	1.21	0.46	1.16	1.13	0.03	1.09	1.04	0.05	1.09	1.05	0.04
		02 Hamburg	22.19	21.45	0.74	3.65	3.51	0.14	3.65	1.07	3.41	3.37	0.04	3.26	3.19	0.07	3.19	3.08	0.11
		03 Niedersachsen	3.03	3.00	0.03	0.57	0.54	0.03	0.58	0.19	0.50	0.49	0.01	0.48	0.47	0.01	0.47	0.46	0.01
		04 Bremen	59.25	57.60	1.65	10.30	9.93	0.37	10.17	3.47	9.40	9.16	0.24	8.83	8.57	0.26	8.54	8.31	0.23
		05 Nordrhein-Westfalen	15.72	14.96	0.76	2.53	2.40	0.13	2.48	0.97	2.37	2.24	0.13	2.24	2.15	0.09	2.15	2.05	0.10
		06 Hessen	8.12	7.92	0.20	1.51	1.48	0.03	1.48	0.41	1.39	1.33	0.06	1.29	1.26	0.03	1.27	1.25	0.02
		07 Rheinland-Pfalz	18.20	18.05	0.15	2.98	2.94	0.04	2.96	0.60	2.82	2.72	0.10	2.70	2.62	0.08	2.62	2.57	0.05
		08 Baden-Württemberg	19.09	18.63	0.46	3.62	3.58	0.04	3.66	0.98	3.58	3.49	0.09	3.40	3.32	0.08	3.32	3.24	0.08
		09 Bayern	3.12	3.07	0.05	0.47	0.45	0.02	0.47	0.16	0.43	0.42	0.01	0.40	0.39	0.01	0.39	0.38	0.01
		10 Saarland	21.29	20.53	0.76	3.62	3.52	0.10	3.68	0.64	3.56	3.49	0.07	3.17	3.13	0.04	3.17	3.10	0.07
		11 Berlin	12.87	12.38	0.49	2.77	2.62	0.15	2.77	0.47	2.64	2.54	0.10	2.48	2.41	0.07	2.48	2.41	0.07
Frauen	Gesamt	236.98	232.47	4.51	39.56	38.76	0.80	39.57	38.81	0.76	39.17	38.49	0.67	37.28	36.74	0.54	36.67	36.20	0.47
		01 Schleswig-Holstein	7.62	7.42	0.20	1.27	1.23	0.04	1.23	0.47	1.17	1.13	0.04	1.12	1.09	0.03	1.09	1.03	0.06
		02 Hamburg	6.73	6.62	0.11	1.10	1.07	0.03	1.08	0.27	1.06	1.04	0.02	1.00	0.98	0.02	0.98	0.97	0.01
		03 Niedersachsen	20.56	20.42	0.14	3.35	3.33	0.02	3.36	0.73	3.28	3.23	0.05	3.16	3.07	0.09	3.07	2.97	0.10
		04 Bremen	3.28	3.18	0.10	0.41	0.40	0.01	0.42	0.14	0.40	0.39	0.01	0.38	0.37	0.01	0.37	0.36	0.01
		05 Nordrhein-Westfalen	59.07	57.82	1.25	9.78	9.49	0.29	9.63	3.14	9.25	9.01	0.24	8.85	8.69	0.16	8.62	8.46	0.16
		06 Hessen	14.60	13.74	0.86	2.60	2.29	0.31	2.29	0.81	2.29	2.11	0.18	2.04	1.98	0.06	1.98	1.92	0.06
		07 Rheinland-Pfalz	8.45	8.34	0.11	1.42	1.37	0.05	1.38	0.25	1.36	1.33	0.03	1.26	1.24	0.02	1.24	1.21	0.03
		08 Baden-Württemberg	17.58	17.51	0.07	2.72	2.73	0.01	2.69	0.67	2.67	2.62	0.05	2.58	2.53	0.05	2.53	2.48	0.05
		09 Bayern	18.59	18.31	0.28	2.97	2.89	0.08	2.91	0.97	2.87	2.79	0.08	2.69	2.63	0.06	2.63	2.59	0.04
		10 Saarland	3.01	2.99	0.02	0.51	0.50	0.01	0.51	0.18	0.49	0.48	0.01	0.46	0.45	0.01	0.45	0.44	0.01
		11 Berlin	17.06	16.92	0.14	2.84	2.84	0.00	2.84	0.43	2.82	2.81	0.01	2.76	2.75	0.01	2.76	2.74	0.02
		12 Brandenburg	11.84	11.05	0.79	2.04	2.02	0.02	1.99	0.73	2.04	2.04	0.00	1.95	1.96	0.01	1.93	1.92	0.01
		13 Mecklenburg-Vorpommern	7.07	7.09	0.02	1.41	1.41	0.00	1.41	0.17	1.41	1.41	0.00	1.42	1.40	0.02	1.40	1.34	0.06
		14 Sachsen	19.47	19.14	0.33	3.21	3.13	0.08	3.26	0.52	3.49	3.39	0.10	3.40	3.37	0.03	3.40	3.30	0.10
		15 Sachsen-Anhalt	13.06	12.90	0.16	2.35	2.31	0.04	2.31	0.30	2.29	2.40	0.09	2.37	2.36	0.01	2.33	2.31	0.02
		16 Thüringen	8.84	8.83	0.01	1.57	1.47	0.10	1.54	0.18	1.54	1.52	0.02	1.50	1.48	0.02	1.48	1.47	0.01

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

zu den Fragen 15 und 16:
Erwerbstätige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 58 Jahren und älter
 Deutschland und Bundesländer
 Zeitreihe

Geschlecht	Region	Jahresdurchschnitt 2012					Jahresdurchschnitt 2013					Jahresdurchschnitt 2014					Jahresdurchschnitt 2015					nachrichtlich für 2015		
		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		§ 4285GBIII/ § 655GBII/ § 2525GBVI	§ 53 a § 53 a § 53 a	
					§ 4285GBIII/ § 655GBII/ § 2525GBVI	§ 53 a § 53 a § 53 a				§ 4285GBIII/ § 655GBII/ § 2525GBVI	§ 53 a § 53 a § 53 a				§ 4285GBIII/ § 655GBII/ § 2525GBVI	§ 53 a § 53 a § 53 a				§ 4285GBIII/ § 655GBII/ § 2525GBVI	§ 53 a § 53 a § 53 a			§ 4285GBIII/ § 655GBII/ § 2525GBVI
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Männer	Insgesamt	480.987	135.624	345.344	92.652	125.245	489.747	151.596	338.151	55.138	145.886	486.294	160.433	325.860	22.040	160.180	477.766	166.766	310.999	1.390	162.754	5.387	3.782	2.228
	01 Schleswig-Holstein	15.447	4.208	11.779	3.397	3.658	15.686	4.881	10.805	2.049	4.198	15.784	5.572	10.212	851	4.410	15.954	6.173	9.831	87	4.490	283	194	128
	02 Hamburg	14.398	2.640	11.779	3.753	4.176	14.390	2.968	11.383	2.265	4.933	13.994	3.348	10.647	931	5.715	13.891	6.723	10.118	85	5.233	283	202	117
	03 Niedersachsen	41.176	11.724	29.453	8.354	10.175	41.600	13.157	28.443	5.015	11.849	41.600	14.346	27.253	2.024	13.111	41.597	14.882	26.716	132	13.783	496	364	199
	04 Bremen	6.533	1.700	4.833	1.500	1.875	6.602	1.886	4.716	875	2.212	6.588	2.031	4.557	359	2.462	6.638	2.150	4.488	21	2.747	94	68	37
	05 Nordrhein-Westfalen	112.027	32.238	79.789	22.240	32.040	114.027	36.090	77.937	13.335	38.461	115.045	38.565	76.480	5.399	43.640	115.523	40.848	74.674	420	44.279	1.430	1.026	862
	06 Hessen	28.139	9.429	18.710	5.531	5.052	28.320	10.337	17.983	3.289	5.717	28.335	10.862	17.473	1.306	6.351	28.350	10.555	17.596	77	7.226	330	239	142
	07 Rheinland-Pfalz	16.869	4.448	12.422	3.530	4.299	16.954	5.291	11.663	2.100	4.680	16.926	5.770	11.156	819	5.059	16.906	6.043	10.863	63	5.330	224	159	102
	08 Baden-Württemberg	36.256	10.063	26.193	7.244	9.134	36.234	12.043	24.226	10.560	36.001	36.001	11.423	24.577	1.675	12.065	35.836	11.906	23.931	94	12.563	411	272	160
	09 Bayern	39.981	11.354	28.627	9.155	9.701	39.931	12.493	26.500	5.130	10.845	37.552	12.241	25.310	1.952	12.295	37.051	11.845	25.207	130	13.559	488	353	204
	10 Saarland	6.337	1.613	4.725	1.399	1.423	6.462	1.946	4.515	901	1.672	6.330	1.897	4.433	400	2.065	6.086	1.986	4.100	44	2.082	117	91	56
	11 Berlin	39.536	9.725	29.810	8.978	8.274	40.089	11.149	28.940	5.439	8.446	39.150	11.900	27.250	2.232	8.554	37.915	12.857	25.047	121	8.524	564	390	204
	12 Brandenburg	22.520	7.015	15.505	2.871	6.302	24.174	8.126	16.048	1.705	7.409	24.286	8.558	15.728	660	7.870	23.392	9.072	14.320	25	7.366	127	75	44
	Vorpommern	16.286	3.832	12.454	2.332	6.346	17.374	4.258	13.117	1.296	7.763	17.448	8.515	16.657	4.440	12.217	16.657	4.440	12.217	19	8.275	87	49	27
	14 Sachsen	41.241	13.619	27.621	5.871	10.176	42.633	14.887	27.746	3.551	12.047	42.017	15.638	26.379	1.406	12.586	39.044	15.664	23.379	50	11.832	243	156	81
	15 Sachsen-Anhalt	26.773	6.074	20.699	3.790	8.655	28.081	6.636	21.446	2.330	10.234	27.624	7.115	20.506	887	11.100	26.213	7.361	18.851	21	11.036	109	73	33
16 Thüringen	17.450	5.884	11.565	2.708	3.954	18.167	6.468	11.699	1.932	4.660	17.612	6.860	10.752	618	4.621	16.713	7.052	9.661	21	4.428	121	71	32	
Frauen	Insgesamt	252.929	75.043	177.886	47.966	64.358	254.965	83.105	171.861	27.928	74.397	250.917	87.586	163.331	11.083	80.627	245.314	90.982	154.331	714	81.408	2.771	1.959	1.134
	01 Schleswig-Holstein	8.409	2.467	5.942	1.830	1.989	8.446	2.812	5.633	1.065	2.252	8.439	3.211	5.228	439	2.314	8.532	3.534	4.998	49	2.374	137	103	71
	02 Hamburg	7.777	1.586	6.191	2.016	2.235	7.654	1.778	5.876	1.191	2.606	7.387	2.008	5.379	490	2.671	7.289	2.245	5.045	30	2.671	147	104	54
	03 Niedersachsen	21.705	6.582	15.113	4.377	5.217	21.722	7.389	14.333	2.573	6.053	21.543	7.997	13.546	1.033	6.982	21.455	8.313	13.142	69	7.018	268	200	106
	04 Bremen	3.453	989	2.465	768	972	3.448	1.079	2.369	435	1.121	3.417	1.151	2.266	170	1.250	3.440	1.230	2.210	10	1.392	46	32	17
	05 Nordrhein-Westfalen	56.865	17.415	39.450	10.958	15.878	57.433	19.334	38.099	6.351	19.014	57.630	20.640	36.990	2.526	21.311	57.680	21.895	35.795	206	21.395	679	493	314
	06 Hessen	14.855	5.211	9.644	2.856	2.801	14.820	5.651	9.170	1.656	2.931	14.772	5.869	8.902	672	3.246	14.626	5.750	8.876	43	3.665	175	135	79
	07 Rheinland-Pfalz	8.751	2.437	6.314	1.807	2.139	8.630	2.907	5.763	1.032	2.323	8.538	3.142	5.457	388	2.494	8.592	3.392	5.290	26	2.599	95	68	39
	08 Baden-Württemberg	18.998	5.558	13.041	3.625	4.543	18.439	6.046	12.383	2.064	5.169	18.213	6.256	11.958	837	5.828	18.085	6.518	11.568	45	6.073	208	140	78
	09 Bayern	20.115	6.130	13.984	4.485	4.711	19.468	6.651	12.817	2.484	5.272	18.761	6.571	12.190	940	5.584	18.636	6.064	12.171	76	6.583	289	200	121
	10 Saarland	3.274	871	2.403	722	720	3.317	1.053	2.263	450	826	3.317	1.049	2.180	195	997	3.107	1.08	1.999	24	1.009	61	48	31
	11 Berlin	21.745	5.729	16.016	4.836	4.437	22.053	6.570	15.463	2.947	4.452	21.596	6.987	14.609	1.226	4.636	20.953	7.548	13.405	63	4.482	315	211	108
	12 Brandenburg	12.424	3.958	8.466	1.600	3.421	13.140	4.522	8.618	929	4.000	12.851	4.707	8.245	352	4.167	12.338	4.300	7.408	14	3.845	76	42	27
	Vorpommern	9.062	2.157	6.905	1.326	3.548	9.516	2.381	7.135	940	2.482	9.848	2.659	7.015	272	4.582	8.948	2.659	6.490	11	4.474	49	27	17
	14 Sachsen	22.009	7.378	14.632	3.139	5.299	22.366	7.913	14.464	1.861	6.297	21.674	8.289	13.386	740	6.416	19.890	8.289	11.664	25	5.970	127	83	40
	15 Sachsen-Anhalt	14.519	3.360	11.159	2.110	4.639	14.938	3.551	11.387	1.292	5.462	14.293	3.712	10.381	474	5.811	13.262	3.771	9.511	11	5.665	54	37	18
16 Thüringen	9.368	3.227	6.141	1.508	2.008	9.517	3.469	6.048	865	2.352	9.033	3.603	5.400	330	2.280	8.450	3.680	4.760	10	2.193	65	36	14	
Frauen	Insgesamt	228.039	60.551	167.459	44.686	60.887	234.752	68.491	166.230	27.210	71.289	235.377	72.848	162.529	10.957	79.553	232.427	75.773	156.655	676	81.343	2.616	1.823	1.094
	01 Schleswig-Holstein	7.038	1.581	5.237	1.666	1.669	7.241	2.069	5.172	984	1.947	7.345	2.362	4.984	412	2.087	7.422	2.889	4.833	38	2.116	126	91	57
	02 Hamburg	6.621	1.053	5.568	1.737	1.941	6.696	1.189	5.507	1.074	2.327	6.607	1.339	5.268	441	2.504	6.602	1.528	5.074	35	2.561	136	98	63
	03 Niedersachsen	19.472	5.132	14.340	3.977	4.958	19.878	5.768	14.110	2.442	5.796	20.057	6.349	13.708	991	6.420	20.143	6.568	13.574	63	6.765	228	164	93
	04 Bremen	3.079	731	2.348	731	903	3.155	807	2.348	440	1.092	3.171	880	2.291	1.212	3.198	920	2.277	11	1.355	48	36	20	
	05 Nordrhein-Westfalen	55.162	14.823	40.339	11.280	16.162	56.594	16.756	39.838	6.984	19.446	57.415	17.925	39.940	2.874	22.329	57.832	18.953	38.879	214	22.884	751	533	348
	06 Hessen	13.283	4.218	9.066	2.675	2.451	13.500	4.686	8.814	1.633	2.786	13.564	4.993	8.571	635	3.105	13.724	5.005	8.720	34	3.562	155	104	63
	07 Rheinland-Pfalz	8.119	2.011	6.128	1.723	1.981	8.264	2.385	5.879	1.068	2.357	8.328	2.628	5.699	431	2.866	8.314	2.742	5.572	37	2.731	129	91	48
	08 Baden-Württemberg	17.658	4.506	13.152	3.619	4.597	17.795	4.978	12.817	2.162	5.391	17.787	5.168	12.620	838	6.237	17.751	5.388	12.363	49	6.491	203	132	82
	09 Bayern	19.866	5.223	14.643	4.670	4.991	19.524	5.842	13.682	2.646	5.573	18.790	5.670	13.120	1.013	6.382	18.391	5.389	13.022	54	6.973	219	153	83
	10 Saarland	3.063	742	2.321	677	703	3.145	893	2.252	451	846	3.102	849	2.254	205	1.068	2.979	878	2.101	20	1.073	56	43	25
	11 Berlin	17.791	3.997	13.794	4.142	3.836	18.036	4.579	13.457	1.347	2.492	17.554	4.913	12.641	1.005	4.218	16.962	5.319	11.643	58	4.040	249	179	96
	12 Brandenburg	10.066	3.056	7.039	1.271	2.881	11.034	3.604	7.430	1.776	3.494	11.335	3.851	7.484	307	3.703	11.052	4.442	6.913	11	3.521	51	33	17
	Vorpommern	7.224	1.675	5.549	1.007	2.797	7.859	1.877	5.962	944	8.038	1.910	6.128	216	3.933	7.709	1.981	5.727	8	3.802	38	22	10	10
	14 Sachsen	19.231																						

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 63 Jahren und älter
Deutschland und Bundesländer
Zerleihe

Geschlecht	Region	Jahresdurchschnitt 2012					Jahresdurchschnitt 2013					Jahresdurchschnitt 2014					Jahresdurchschnitt 2015					nachrichtlich für 2015																																																																																																																																																																																																																																													
		Bestand ELB	arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	davon		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a SGB II	§ 428SGBII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI

zu Frage 17:
Integrationen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)

Deutschland

Zeitreihe November 2013 bis April 2016

Berichtsmonatswert ALG II	Integrationen ELB							
	58 Jahre	59 Jahre	60 Jahre	61 Jahre	62 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
	1	2	3	4	5	6	7	8
November 2013	572	512	335	284	145	96	72	*
Dezember 2013	522	402	295	228	160	80	39	*
Januar 2014	502	456	353	252	171	110	48	-
Februar 2014	464	378	278	244	172	89	46	*
März 2014	622	538	392	356	204	118	61	5
April 2014	901	760	612	475	318	162	75	7
Mai 2014	903	738	628	500	333	153	86	9
Juni 2014	749	640	474	384	229	126	63	3
Juli 2014	880	713	556	466	285	148	65	5
August 2014	794	609	468	313	236	131	78	3
September 2014	815	654	446	394	261	138	66	8
Oktober 2014	786	567	415	363	239	127	83	*
November 2014	600	501	423	274	197	100	66	3
Dezember 2014	493	443	357	256	187	88	60	-
Januar 2015	752	647	491	436	294	139	67	*
Februar 2015	580	511	388	296	204	124	64	3
März 2015	680	555	495	322	257	124	67	*
April 2015	972	811	694	558	350	205	106	11
Mai 2015	801	687	582	467	343	164	67	11
Juni 2015	815	695	541	436	317	119	79	13
Juli 2015	757	642	491	367	250	140	76	6
August 2015	729	640	491	382	274	161	69	5
September 2015	806	653	559	453	329	163	94	17
Oktober 2015	701	603	493	361	274	160	74	11
November 2015	669	545	449	337	230	125	68	11
Dezember 2015	591	459	391	291	225	121	58	9
Januar 2016	624	477	423	330	232	133	73	8
Februar 2016	569	496	382	328	215	118	70	15
März 2016	660	498	433	358	261	130	62	10
April 2016	843	682	603	467	328	189	102	15

* aus Datenschutzgründen werden Werte <3 nicht ausgewiesen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zu Frage 29:

Bedarfe von Regelleistungsberechtigten (RLB) in Single-Bedarfsgemeinschaften (Single-BG)

Deutschland und Bundesländer

Zeitreihe

Merkmal	Region	Jahresdurchschnitt 2014	Jahresdurchschnitt 2015
		durchschnittlicher Bedarf in €	durchschnittlicher Bedarf in €
		2	4
Insgesamt	Deutschland	703	714
	Westdeutschland	716	725
	Ostdeutschland	680	691
	01 Schleswig-Holstein	712	722
	02 Hamburg	762	768
	03 Niedersachsen	704	712
	04 Bremen	730	736
	05 Nordrhein-Westfalen	717	727
	06 Hessen	725	735
	07 Rheinland-Pfalz	679	689
	08 Baden-Württemberg	712	725
	09 Bayern	718	725
	10 Saarland	704	710
	11 Berlin	737	752
	12 Brandenburg	665	675
	13 Mecklenburg-Vorpommern	665	672
	14 Sachsen	651	662
	15 Sachsen-Anhalt	654	663
	16 Thüringen	643	650
Männer	Deutschland	691	701
	Westdeutschland	703	712
	Ostdeutschland	669	681
	01 Schleswig-Holstein	700	710
	02 Hamburg	743	748
	03 Niedersachsen	693	701
	04 Bremen	717	723
	05 Nordrhein-Westfalen	706	716
	06 Hessen	712	721
	07 Rheinland-Pfalz	664	674
	08 Baden-Württemberg	696	709
	09 Bayern	701	707
	10 Saarland	693	698
	11 Berlin	729	743
	12 Brandenburg	652	662
	13 Mecklenburg-Vorpommern	652	659
	14 Sachsen	641	651
	15 Sachsen-Anhalt	643	652
	16 Thüringen	629	637
Frauen	Deutschland	724	735
	Westdeutschland	737	748
	Ostdeutschland	698	709
	01 Schleswig-Holstein	733	744
	02 Hamburg	794	802
	03 Niedersachsen	722	731
	04 Bremen	751	761
	05 Nordrhein-Westfalen	736	747
	06 Hessen	747	759
	07 Rheinland-Pfalz	702	713
	08 Baden-Württemberg	738	751
	09 Bayern	744	753
	10 Saarland	722	730
	11 Berlin	754	767
	12 Brandenburg	689	700
	13 Mecklenburg-Vorpommern	689	696
	14 Sachsen	668	679
	15 Sachsen-Anhalt	673	683
	16 Thüringen	665	672

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.